



Ausgabe 19

22. Februar 2012

Inhalt >>>

- > EU stärkt Milchbauern 1
Ismail Ertug
- > Lebensmittel für die Ärmsten 2
Ismail Ertug
- > Hilfskorridor für die syrische Bevölkerung einrichten 2
Wolfgang Kreissl- Dörfler
- > Norwegens Reichtum kommt nicht vom Öl, sondern von seinen arbeitenden Frauen 3
Kerstin Westphal
- > Herausforderungen europäischer Eisenbahnpolitik 3
Ismail Ertug
- > Transeuropäische Verkehrsnetze 3
Ismail Ertug
- > Europa, Amerika und der "Arabische Frühling" 4
Wolfgang Kreissl-Dörfler
- > Zur Info: ACTA 2
- >>> Service
- > Kontakt 4

Die Milch macht's: Neues Gesetzespaket zur Besserstellung der Milchproduzenten

von **Ismail Ertug**

Ende der 1970er Jahre sprach man in Europa von „Milchseen“ und „Butterbergen“. Das Überangebot an Milcherzeugnissen konnte nur durch aufwändige Marktmaßnahmen kompensiert werden. 1984 wurde deshalb europaweit die Milchquote eingeführt, die das Angebot regeln und sichere Preise garantieren sollte. Befürworter der Quote befürchteten, dass ihr für 2015 geplantes Auslaufen ein Absinken des Milchpreises bedeuten würde und Betriebe in Folge nicht mehr kostendeckend wirtschaften können.

Europäische Mindeststandards sollen den Bauern faire Preise garantieren

Um die Milchbauern auf das Auslaufen der Milchquote vorzubereiten, hat das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzung einem Gesetzesentwurf zugestimmt, nach dem künftig europäische Mindeststandards bei Verträgen im Milchsektor gelten sollen. Ziel ist es, die Verhandlungsposition der Milchbauern gegenüber Großmolkereien zu verbessern und den Bauern faire Preise zu garantieren. Insbesondere kleine Betriebe werden ohne einen festen Vertragsrahmen gegenüber den Großmolkereien benachteiligt.

Was ist drin im neuen Gesetz?

Laut Gesetzesentwurf ist es den EU-Mitgliedsstaaten selbst überlassen, eine Vertragspflicht einzuführen. Im Falle einer Einführung muss der Staat gewährleisten, dass Milcherzeuger und Abnehmer Verträge zu Preisen und Mengen für Rohmilch mit einer Mindestlaufzeit von sechs Monaten festlegen. Landwirte sollen damit Planungssicherheit erhalten und Molkereien eine Grundlage, Mengen besser zu kalkulieren. Milcherzeuger dürfen sich zusammenschließen und Verträge kollektiv aushandeln. Dabei dürfen sie gemeinsam nur maximal 33 Prozent der nationalen Produktionsmenge und 3,5 Prozent der europaweiten Menge stellen. Für den deutschen Milchsektor dürften die neuen EU-Vorgaben wenig Veränderungen bedeuten:

Über 95 Prozent der nationalen Milcherzeuger sind entweder in Genossenschaften und daher von den Vorgaben grundsätzlich ausgenommen oder über privatwirtschaftlich geschlossene Verträge, für welche Lieferverträge ohnehin üblich sind.

Noch nicht genug für kleine und mittlere Betriebe!

Für die Sozialdemokraten stellt die Verordnung einen Schritt in die richtige Richtung dar, der aber längst nicht ausreicht: Eine Vertragspflicht sollte verbindlich für alle Mitgliedstaaten gelten und die Dauer der Abkommen statt sechs Monaten mindestens ein Jahr betragen. Ebenfalls sollte es einen höheren Bündelungsgrad der nationalen Milchproduktionsmenge geben. Nur so kann die Verhandlungsposition der gegenüber den Molkereien gestärkt werden.

Gerade kleine und mittlere Betriebe sind auf die EU-Fördergelder angewiesen, um den Milchabnehmern und dem Einzelhandel nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Grundvoraussetzung ist ein Milchpreis, der die Kosten der Milcherzeugung deckt. Wir Sozialdemokraten setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass die Interessen der Milcherzeuger bei der Agrarreform stärker berücksichtigt werden. Unser Hauptanliegen ist es, für eine flächendeckende, nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft in Europa zu kämpfen.

O-Ton

"Die EU besteht nicht aus guten und bösen Mitgliedstaaten. Wir sind alle mitverantwortlich für die Geschehnisse der Vergangenheit, aber auch umso mehr für die Zukunft die wir gestalten."

Mario Monti, italienischer Premierminister, Aussprache am 15.2. in Straßburg

Zur Info >>>

ACTA

ACTA ist die Abkürzung für **Anti-Counterfeiting Trade Agreement**, auf deutsch Handelsabkommen zur Abwehr von Fälschungen.

Entstehungsgeschichte: Viel kritisiert wird, dass das Abkommen hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Auch in internationalen Verhandlungen muss der Grundsatz der Transparenz gelten. Mittlerweile ist der Text abrufbar auf der [Seite der Kommission](#). Das Europäische Parlament wird das Thema offen, transparent und demokratisch bearbeiten.

Inhalt des Abkommens: In der Debatte werden gelegentlich Sachverhalte geschildert, die sich im nicht (oder nicht mehr) im Text wiederfinden, daher muss man den Text genau prüfen. Wir SozialdemokratInnen haben eine klare Linie: Regelungen gegen Produkt- und Markenpiraterie dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechte eingeschränkt werden oder der Datenschutz aufgeweicht wird. Da das Abkommen rechtliche Fragen aufwirft, will unsere Fraktion auch den Europäischen Gerichtshof anrufen, dieser soll die Vereinbarkeit von ACTA mit EU-Recht prüfen.

Wann ACTA im Plenum zur Abstimmung steht, ist noch nicht abzusehen. Das EP kann keine Änderungen an dem Text vornehmen, sondern nur das gesamte Abkommen annehmen oder ablehnen.

Lebensmittel für die Ärmsten

Quelle: caritas



Nach erfolgreichen Verhandlungen mit dem Rat verabschiedete das Europäische Parlament am 15. Februar einen Plan, der im Rahmen des Programms "Nahrungsmittel für Bedürftige" auch weiterhin die Verteilung von Lebensmitteln an die ärmsten Bürger ermöglicht. Es stehen bis 2013 jährlich €500 Millionen zur Verfügung. Die Tatsache, dass 18 Millionen Bürgern in 20 EU Mitgliedstaaten auf die Hilfen angewiesen sind, unterstreicht die Wichtigkeit dieses Programms.

Förderprogramm hätte gekürzt werden müssen

Das in den späten 80er Jahren im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingeführte Programm, ermöglicht die Verteilung der Überschussproduktion an die Bedürftigsten. Durch die Reformen der GAP ist das Volumen der Überproduktion stetig gesunken – die Lebensmittelförderung blieb jedoch höher. Daher klagte Deutschland im Frühjahr 2011, dass ausschließlich Lebensmittel aus Lagerbeständen und Überschussproduktion zur Verteilung herangezogen werden dürfen. Diese Auffassung wurde

im Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt und demnach hätte das Förderprogramm von 500 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 113 Millionen Euro für dieses Jahr gesenkt werden müssen.

Übergangslösung gefunden

Da eine derartig drastische Reform in Krisenzeiten und somit in Zeiten zunehmender Bedürftigkeit unverantwortlich gewesen wäre, hat das Parlament den Rat vergangenen Sommer dazu aufgefordert eine Übergangslösung zu finden. So wurde die Verordnung in einer Weise geändert, die neben dem Verteilen der Überschüsse und Lagerreserven auch Zukäufe von Lebensmitteln ermöglicht. Hierfür stehen nun bis Ende 2013 jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Etappensieg ist wichtig für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Unter den fast 18 Millionen Europäern, die auf das Programm angewiesen sind, sind Arbeitslose, Obdachlose, sowie behinderte und ältere Menschen besonders stark vertreten. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr wichtig, dass diese Gruppen nicht vergessen werden und ihnen die Unterstützung zukommt, die sie benötigen. Auch wenn das für das Europäische Parlament durch die Übergangsregelung ein Etappensieg erreicht werden konnte ist es nun wichtig auch eine angemessene Lösung für die Zeit danach zu finden. Die ärmsten Teile unserer Bevölkerung werden auch ab 2014 noch auf unsere Solidarität angewiesen sein.

IE

Hilfskorridor für die syrische Bevölkerung einrichten!

Seit elf Monaten hält das Assad-Regime die Welt zum Narren und schlachtet vor den Augen der Weltöffentlichkeit die syrische Bevölkerung regelrecht ab. Statt sich mit Nachdruck für eine politische Lösung einzusetzen, lehnten Russland und China im UN-Sicherheitsrat im Januar eine entsprechende Resolution ab. Durch ihr Veto konnte die Resolution, die insbesondere auf Bemühen der Arabischen Liga zustande kam und gezielte politische Maßnahmen vorsieht, nicht durchgesetzt werden.

Veto von Russland und China - ein Brandbeschleuniger

Assad fühlte sich bestätigt, „Fakten“ zu schaffen. Sein Ziel: Die Opposition komplett auszumerzen. Die Ankündigung von Bashar al-Assad, ein Referendum für eine neue Verfassung durchzuführen, wirkt dabei wie Hohn angesichts der ermordeten und terrorisierten Zivilisten, Oppositionellen und Journalisten und des weitergehenden Blutbads. Schätzungen der UN zufolge ist mittlerweile von Tausenden Verwundeten, weit über 5000 Toten, darunter etwa 400 Kindern

sowie 70.000 Inhaftierten auszugehen. Die Mehrheit der Völkergemeinschaft verurteilt klar das Vorgehen von Assads Regime. So gelang es vergangene Woche zumindest der UN-Vollversammlung, eine Resolution zu verabschieden, die sich an der Resolution im UN-Sicherheitsrat orientiert. Ihre Wirksamkeit ist jedoch nunmehr international nicht bindend.

Das Europäische Parlament bleibt dran

Gerade jetzt ist es wichtig, ein politisches Signal zu setzen, sich mit der syrischen Bevölkerung und denjenigen oppositionellen Kräften zu solidarisieren, die sich für Freiheit und demokratische Selbstbestimmung einsetzen. So verabschiedeten wir im Straßburger Plenum vergangenen Donnerstag eine erneute fraktionsübergreifende Resolution. Insbesondere rufen wir den Europäischen Rat dazu auf, in einer konzertierten Aktion die diplomatischen Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten zu Syrien mit sofortiger Wirkung auf Eis zu legen. Unter Führung der Arabischen Liga und in enger Ko-

operation mit der Türkei muss die EU auf eine Lösung hinwirken, die das syrische Regime politisch unter massiven Druck setzt. Gezielte Sanktionen müssen verschärft und dürfen erst dann aufgehoben werden, wenn das Regime zurücktritt. Auch muss klar sein, dass alle Verantwortlichen dem Internationalen Strafgerichtshof überstellt werden.

Internationaler Hilfskorridor dringend benötigt

Doch was die syrische Bevölkerung jetzt dringend braucht, sind humanitäre Maßnahmen. Hier ist das schnelle Einrichten eines internationalen Hilfskorridors zum Schutz der Menschen erforderlich. Tausende Flüchtlinge brauchen dringend Versorgung. Das kann von den angrenzenden Nachbarstaaten, v.a. der Türkei nicht allein bewältigt werden. Wir Sozialdemokraten fordern daher die Europäische Union dazu auf, sofort und umfassend Hilfe für diejenigen zu leisten, deren Not gerade am Größten ist

WKD

Quelle: cia world factbook



Norwegens Reichtum kommt nicht vom Öl, sondern von seinen arbeitenden Frauen

"Die Quote gibt Frauen die Möglichkeit ihre Kompetenzen aufzuzeigen.", stellt Gunn Karin Gjøl, Vorsitzende des Familien und Kulturausschusses des Norwegischen Parlaments und Mitglied der regierenden sozialdemokratischen Arbeitspartei Norwegens klar. "Und den Erfolg, dass dies möglich ist, gibt es nicht ohne Sanktionen.", ergänzt Cecilia Ebert-Libeskind politische Beraterin von Frank Walter Steinmeier.



MP (Norwegen) Gunn Karin Gjøl

Freiwillige Verpflichtung versagt

Im Rahmen der von mir und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Konferenz mit dem Titel "Lektion gelernt - Das norwegische Experiment, Beispiel für eine europäische Gleichstellungsquote" haben beide Sprecherinnen den norwegischen Weg bei dieser Quote zum Eingang der Konferenz näher beleuchtet. Anlass für die Veranstaltung am 8. Februar war, dass nächsten Monat schon eine Frist für Unternehmen ausläuft: Ein Jahr hatte EU-Kommissarin Viviane Reding den Unternehmen Zeit gegeben, eine Selbstverpflichtung einzugehen, in der sie sich bekennen, bis 2015 den Frauenanteil in Aufsichtsräten auf 30 Prozent zu steigern. Sollten sich bis

Anfang März nicht genügend Unternehmen freiwillig dazu verpflichten, schließt die Justizkommissarin gesetzgeberische Maßnahmen nicht aus. Ob und wie diese gesetzgeberischen Maßnahmen gestaltet werden, wird nicht nur in Deutschland, sondern EUweit momentan heftig diskutiert. Ich habe mich September 2011 vor Ort in Norwegen informiert: Norwegen zeigt, dass eine gesetzlich vorgeschriebene Frauen-Quote funktionieren kann. Dort sind 40 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder in börsennotierten Unternehmen weiblich.

Positiver wirtschaftlicher Effekt durch mehr Frauen in Führungsgremien

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion - moderiert von Hendrik Kafsack, Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Brüssel, nahmen dann Vertreter und Vertreterinnen aus den EU-Institutionen, Unternehmen und Gewerkschaften Stellung. Cécile Gréboval, Generalsekretärin der European Women's Lobby betonte die positiven betriebswirtschaftlichen Effekte von einem höheren Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Unternehmen: solche Unternehmen verhielten sich insbesondere in Krisenzeiten deutlich besser als ihre Mitstreiter auf dem Markt. Manfred Tassilo Wirth von der BMW Group bekräftigt dies zwar, verwahrte sich aber gegen eine gesetzliche Quote, da diese nicht nachhaltig genug sei. BMW versuche eher den Frauenanteil insgesamt im Konzern zu steigern, als nur in den Aufsichtsgremien. Und schließlich sei man bereits jetzt dabei auf einem guten Weg. Das wiederum sah der Europäische Gewerkschaftsbund, vertreten von Cinzia Sechi kritisch. Die Erfolge, die man bei einem höheren Anteil von Frauen in diesen Gremien habe, kämen bei den meisten Unternehmen immer nur auf



(v.l.) Cécile Gréboval (European Womens Lobby), Tassilo Wirth (BMW), Cinzia Sechi (ETUC)

ArbeitnehmInnenseite zustande. Die Diskussion, bei der auch die EU-Kommission vertreten war, bewertete Gunn Karin Gjøl: "Wir haben Jahrzehnte für den Weg zu einer Frauenquote benötigt. Die Zeit hat aber gezeigt, dass die Entscheidung, die Quote einzuführen, nach wie vor richtig war." **KW**

Norwegische Geschlechterquote für Aufsichtsgremien in Unternehmen:

Seit 2006 gilt für die an der norwegischen Börse notierten Unternehmen eine Quote von mindestens 40% Frauen in den Aufsichtsgremien. In ihrer Marktbedeutung werden diese Unternehmen oft als "Backbone" (Wirbelsäule) der norwegischen Wirtschaft bezeichnet. Eine Quote von 40% gab es bereits seit 1981 für die Leitungsgremien von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2003 waren in den genannten privaten Unternehmen jedoch nur lediglich 7% Frauen zu finden. Unter der konservativen Regierung Bondevik II wurde dann 2006 mit einer Übergangszeit von zwei Jahren die Quote für die Aufsichtsgremien in den privaten Unternehmen eingeführt. Die Quote ist sanktioniert: sollte ein Unternehmen diese nicht erfüllen, würde es staatlicherseits liquidiert werden.

Herausforderungen europäischer Eisenbahnpolitik

Der Eisenbahnmarkt in Europa unterläuft einem grundlegenden Reformprozess, der von einigen Mitgliedstaaten eingeleitet wurde und sich immer mehr in europäischer Gesetzgebung niederschlägt.

Errungenschaften der Eisenbahnpolitik

Unterschiedliche Ansätze offen diskutieren und den Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene fördern. Das war das Motto des diesjährigen Lunchevents, welches Verkehrsexperte **Ismail Ertug** am 8. Februar im Europäischen Parlament veranstaltete. Bahnchef Rüdiger Grube und sein französischer Kollege Guillaume Pepy, Präsident der SNCF, diskutierten zusammen mit den Europa-

abgeordneten sowie mit Vertretern der Europäischen Kommission und Interessverbänden die Errungenschaften und Versäumnisse der europäischen Eisenbahnpolitik.

Mit Blick auf bevorstehende Gesetzesinitiativen wurde hierbei besonders die Notwendigkeit starker und unabhängiger Regulierungsbehörden unterstrichen, um fairen Wettbewerb unter allen europäischen Mitstreitern zu garantieren. Auch in Sachen Standardisierung der Schienenfahrzeuge und der Kompatibilität unterschiedlicher technischer Systeme müsse nach Auffassung der Experten noch viel geschehen, damit Europas Züge über sämtliche Grenzen hinweg einwandfrei rollen können. **IE**

Transeuropäische Verkehrsnetze

Wie können nationale Verkehrssysteme europaweit besser miteinander verbunden werden? Über diese wichtige Frage berät derzeit der Verkehrsausschuss. Einen Verordnungsvorschlag zum Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) hatte die Kommission im Oktober vergangenen Jahres vorgestellt. Nun müssen Parlament und Rat über die Gesetzesinitiative entscheiden. Als Berichterstatter für die wohl wichtigste verkehrspolitische Gesetzesinitiative wurden **Ismail Ertug** von den Sozialdemokraten und Georgios Koumoutsakos von den Konservativen ernannt. Für sie beginnt ein spannender Dialog, in dem sie gemeinsam einen Entscheidungsvorschlag für das Parlament vorbereiten werden. Erster Gedankenaustausch ist am kommenden **Montag**. **IE**

Europa, Amerika und der "Arabische Frühling"



(v.l.) EU-Kommissar Štefan Füle, Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, MdEP Wolfgang Kreissl-Dörfler, US-Botschafter Philip D. Murphy, Dr. Hamed Abdel-Samad

Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz lud **Wolfgang Kreissl-Dörfler** zu einer hochkarätigen Konferenz mit dem Titel "EU-Nachbarschaft im Wandel: Der Arabische Frühling ein Jahr danach" am 3.2.2012 in München ein. Über 400 interessierte Gäste verfolgten die Podiumsdiskussion mit dem neu gewählten Präsidenten des Europäischen Parlaments und SPD-Europaabgeordneten **Martin Schulz**, dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik **Štefan Füle**, dem US-Botschafter in Berlin, **Philip D. Murphy**, dem langjährigen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz **Professor Horst Teltschik** und dem deutsch-ägyptischen Politikwissenschaftler **Dr. Hamed Abdel-Samad**. Die Podiumsdiskussion befasste sich mit zivilen Fragen des demokratischen Transformationsprozesses in der arabischen Welt und damit, welche Unterstützung Europa leisten kann.

Auf den "Frühling" darf keine "Eiszeit" folgen

Die Redner waren sich darin einig, dass

den betroffenen Ländern in Nordafrika und der arabischen Welt nach ersten Erfolgen noch viel Arbeit bevorsteht, damit aus dem "Frühling" keine "Eiszeit" wird. Martin Schulz betonte, dass ökonomisch und politisch noch eine lange Wegstrecke vorläge. Ebenso wie Schulz forderten Stefan Füle und Philipp D. Murphy eine umfassende Nachbarschaftshilfe für Länder wie Ägypten, Tunesien oder Marokko, die sich im demokratischen Umbruch befinden.

Perspektiven schaffen anstatt Einmischung

Der amerikanische Botschafter verglich die Situation in Nordafrika mit der Entwicklung der osteuropäischen Länder vor 20 Jahren. Damals hätten die Menschen allerdings von Anfang an ein Ziel vor Augen gehabt: die Mitgliedschaft in der EU und in der Nato. So eine positive Perspektive müsse man den nordafrikanischen Staaten jetzt auch bieten. Prof. Horst Teltschik wünschte sich für die Zukunft mehr Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren süd-

lichen Nachbarn, aber keine Einmischung. Europa dürfe nichts aufzwingen – nur dann gäbe es die Chance auf eine friedliche Entwicklung.

Bericht aus Kairo

Ganz aktuell berichtete der Politikwissenschaftler **Dr. Hamed Abdel-Samad** über die Entwicklungen in Ägypten. Nach seiner Einschätzung war das Massaker im Fußballstadion von Port Said eine politisch inszenierte Racheaktion des regierenden Militärrats. **Abdel-Samad** erklärte, dass die „kleine demokratische Minderheit“ in Ägypten auf die aktive und partnerschaftliche Unterstützung der westlichen Welt angewiesen sei: „Kalte Gedanken“ und „brennende Eile“ aus Europa bringen uns nicht weiter. Wir brauchen den Kompromiss: Die 'brennende Geduld!' **WKD**



Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan

Bürozeiten:
 Mo, Mi, Do: 9.00-17.00 Uhr; Di, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
europabue-ro@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr: 8.00-15.00 Uhr